

15.11.2022

# Antrag

der Fraktion der SPD

## Altschuldenlösung endlich auf den Weg bringen – Kommunen aus Schuldenfalle retten

### I. Ausgangslage

Die nordrhein-westfälischen Kommunen stehen laut IT.NRW weiterhin mit über 20 Milliarden Euro Kassenkrediten unter hohem finanziellen Druck.<sup>1</sup> Damit leiden die nordrhein-westfälischen Kommunen bundesweit unter der zweithöchsten pro-Kopf-Verschuldung bei Kassenkrediten. Jede Nordrhein-Westfälin, jeder Nordrhein-Westfale ist demnach in Höhe von 1.127 Euro mit Kassenkrediten verschuldet.<sup>2</sup>

Rheinland-Pfalz, als Bundesland mit der bisher höchsten pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen bei Kassenkrediten, hat eine landeseigene Lösung für das Altschuldenproblem auf den Weg gebracht.<sup>3</sup>

Bereits 2019 haben das Saarland mit dem Saarland-Pakt<sup>4</sup> sowie Hessen im Jahr 2018 mit der Hessenkasse<sup>5</sup> jeweils eigene Landesprogramme auf den Weg gebracht.

Damit ist Nordrhein-Westfalen das einzig verbleibende Bundesland, dessen Kommunen weiter unter einer besonderen Last bei Kassenkrediten leiden. Nordrhein-Westfalen ist das einzig verbleibende Bundesland, das bisher keine eigene Lösung für das Problem auf den Weg gebracht hat. Und dabei gab es im Jahr 2020 im Rahmen der Entlastungs- und Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Pandemie ein Angebot des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz, dass der Bund die Hälfte der kommunalen Altschulden übernehmen würde. Dieses Angebot ließ die damals schon im Amt befindliche Kommunalministerin unkommentiert verstreichen. Es waren maßgeblich CDU/CSU-geführte Bundesländer<sup>6</sup> sowie Akteure der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die eine Beteiligung des Bundes an

---

<sup>1</sup> <https://www.it.nrw/pro-kopf-verschuldung-der-n-rw-kommunen-im-jahr-2021-nahezu-unverändert-bei-3-359-euro-108219>

<sup>2</sup> [https://www.it.nrw/sites/default/files/atom\\_s/files/290\\_22.pdf](https://www.it.nrw/sites/default/files/atom_s/files/290_22.pdf)

<sup>3</sup> <https://www.rlp.de/de/aktuelles/einzelansicht/news/News/detail/historischer-schuldenschnitt-land-uebernimmt-liquiditaetskredite-der-kommunen-im-umfang-von-drei-milliard>

<sup>4</sup> <https://www.welt.de/regionale/saarland-pakt-saarland/article202699278/Mehr-Geld-fuer-die-Kommunen-Saarlandpakt-beschlossen.html>

<sup>5</sup> Gesetz zur Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der hessischen Kommunen bei liquiditätswirksamen Vorgängen und zur Förderung von Investitionen (HessenkasseG) vom 25. April 2018

<sup>6</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bayern-will-nicht-fuer-die-versaumnisse-anderer-zahlen-4129981.html>

den Altschulden abgelehnt haben.<sup>7</sup> <sup>8</sup> Ein Interventions der damaligen NRW-Landesregierung in den eigenen Reihen ist nicht bekannt.

Dieses historische Versäumnis kommt die Kommunen nun teuer zu stehen. Angesichts steigender Zinsen steigt auch die Belastung der Kommunen für die zu zahlenden Zinsen auf ihre Kassenkredite.

Dieses historische Versäumnis macht nun auch eine Lösung für die Altschuldenproblematik schwieriger und teurer. Im damaligen Umfeld einer Niedrigzinsphase wäre eine Lösung und Übernahme der kommunalen Altschulden deutlich leichter und kostengünstiger gewesen.

Nordrhein-Westfalen hat mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen den Weg geebnet, dass Kommunen ihre strukturellen Schwierigkeiten in den Haushalten wieder in den Griff bekommen können. Das Ergebnis waren weitgehend ausgeglichene Haushalte.

Der Stärkungspakt ist ausgelaufen und die – teilweise unter strengen Kautelen und harten Einschnitten – erarbeiteten Erfolge in den Kommunen drohen nachhaltig verloren zu gehen.

Es ist überfällig, dass das Land Nordrhein-Westfalen eine Lösung für die drängende Altschuldenproblematik auf den Weg bringt.

Das ist mit Blick auf die landeseigenen Lösungen in den voran genannten Bundesländern sowie der Zusage der Bundesregierung wichtig, dass landeseigene Lösungen unschädlich für eine mögliche Beteiligung des Bundes sind. Auch die nunmehr zwischen dem Bundesfinanzminister und der Landesregierung vereinbarte Arbeitsgruppe lässt eine landeseigene Lösung nicht entfallen.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

- Vitale Städte und Gemeinden, die ihren Bürgern eine lebenswerte Heimat sind, brauchen finanzielle Handlungsfähigkeit.
- Hohe Kassenkredite sind ein Hemmschuh für die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden.
- Die kommunalen Altschulden stellen ein Risiko für die Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Kommunen dar.
- Die kommunalen Altschulden sind Ausdruck struktureller Schwierigkeiten und Herausforderungen sowie einer strukturellen Benachteiligung der nordrhein-westfälischen Kommunen.

## **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

1. ein landeseigenes Modell zur Lösung der Altschuldenproblematik vorzulegen, was folgende Anforderungen erfüllen soll:
  - Das Modell soll einen substantziellen Anteil des Landes an der notwendigen Tilgung der Kredite umfassen.

---

<sup>7</sup> <https://www.rnd.de/politik/entschuldung-der-kommunen-ralph-brinkhaus-gegen-plane-von-olaf-scholz-NZEKOFNARR4GJ7JFTGD5YDZMDU.html>

<sup>8</sup> <https://kopo.de/blog/2019/12/20/christian-haase-im-bundestag-zum-altschuldenfonds/>

- Durch eine Beteiligung der Kommunen an der Tilgung der Altschulden dürfen die Kommunen nicht in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit überfordert werden.
  - Die Tilgung der als abzulösenden Schulden definierten Kassenkredite soll über einen Zeitraum von 30 Jahren erfolgen.
  - Das Modell muss sowohl in der Breite der betroffenen Kommunen als auch für die Spitzenbelastungen eine Lösung bieten.
  - Es sollen Maßnahmen implementiert werden, die dem erneuten dramatischen Anstieg der Verschuldung mit Kassenkrediten entgegenwirken.
2. sich nachdrücklich bei der Bundesregierung, den bisher blockierenden Bundesländern sowie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine Beteiligung des Bundes einzusetzen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Christian Dahm  
Justus Moor

und Fraktion